



Fachbereich
Medien, Kunst
und Industrie
(FB 8)
Ortsverein
Hamburg
Vorstand

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Landesbezirke
Hamburg und Nord

20097 Hamburg
Besenbinderhof 60

Fon 040/28 58-505
Fax 040/28 58-511

Zu Information an die Gewerkschafter im Werk Daimler-Bremen und an alle Gewerkschafter in der Bundesrepublik

Hamburg, 17. Januar 2015

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Daimler-Werkes in Bremen, aus der Presse haben wir von Eurer Auseinandersetzung im Daimler-Werk erfahren und uns auch bei Kollegen von Euch informiert.

Unser Eindruck: die nach der Nachtschicht vom 11. zum 12. Dezember 2015 ausgesprochenen Abmahnungen gegenüber mehr als 750 Kollegen bedrohen nicht nur die unmittelbar betroffenen Kollegen, sondern sollen für **alle abhängig Beschäftigten** unser demokratisches Grundrecht auf Information aufheben. Deshalb fordern wir unmittelbar und sofort von der Daimler-Geschäftsleitung:

Die Abmahnungen wurden ausgesprochen, weil die Kollegen sich über Fremdvergabe und Werkverträge im Betrieb beim BR informiert hatten. Von den mehr als 750 erhielten 700 Kollegen Abmahnungen, weil sie danach die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben, so die Vorwürfe der Geschäftsleitung. Wir fordern die Rücknahme aller Abmahnungen.

Wir sind davon überzeugt, dass dieses elementare Grundbedürfnis nach Information nicht durch das Direktionsrecht des Managements aufgehoben werden kann, denn die eingeforderten Informationen betreffen das Existenzrecht der abhängig Beschäftigten – konkret im Werk der Daimler AG Bremen.

Die unverhältnismäßige Reaktion der Geschäftsleitung ist nur zu verstehen als Signal an alle abhängig Beschäftigten, an alle Gewerkschafter in der BRD, auf Kritik und jeglichen Widerstand gegen von ihren Geschäftsleitungen diktierte Veränderungen der Arbeitsbedingungen zu verzichten.

Sollte diese Maßnahme der Daimler-Geschäftsleitung gegen unsere Bremer Kollegen durch die Justiz sanktioniert werden, fordern wir jetzt schon Mitglieder und Funktionäre aller Gewerkschaften auf, sich entschieden für die Verteidigung des demokratischen Grundrechts auf Information einzusetzen. Es geht um Rechte, auf die alle in der Bundesrepublik Arbeitenden existenziell angewiesen sind – andernfalls wären wir Sklaven.

ver.di FB 08, Ortsverein Hamburg


Lothar Degen


Rolf Becker